

Daten | Fakten | Argumente

THEMA DER WOCHE

Internationale Steuerpolitik – der Druck auf Deutschland wächst

Die Steuerreform in den USA ist ein deutliches Signal: Die größte Volkswirtschaft der Welt entlastet die Steuerzahler in den kommenden zehn Jahren um umgerechnet 1.200 Milliarden Euro. Im Mittelpunkt steht die Reform der Unternehmensbesteuerung. Dabei wird der Körperschaftsteuersatz von 35 auf 21 Prozent gesenkt und eine sofortige steuerliche Abzugsfähigkeit für Investitionsausgaben ermöglicht. Auch andere Staaten wie Frankreich, Österreich, Schweiz oder Großbritannien haben ihre Unternehmen steuerlich entlastet und kündigen weitere Reformschritte an. In Deutschland hingegen werden Steuergesetze seit vielen Jahren lediglich darauf ausgerichtet, Steuereinnahmen für den Fiskus zu generieren und etwaige Aufkommensverluste bei grenzüberschreitenden Unternehmensaktivitäten zu verhindern.

Unternehmen brauchen ein wettbewerbsfähiges Steuersystem

■ Ein internationaler Vergleich der Steuersätze zeigt, dass Deutschland mit gut 30 Prozent Steuer auf Unternehmensebene mittlerweile im oberen Drittel der Belastungen liegt. In Kürze könnte Deutschland sogar auf den wenig werbewirksamen Spitzenplatz rutschen ([Grafik](#)). Im Koalitionsvertrag haben Union und SPD lediglich festgehalten, dass Deutschland sich gemeinsam mit Frankreich für eine Angleichung bei der Körperschaftsteuer einsetzen wird. Von einer Reform der Gewerbesteuer steht allerdings nichts in diesem Vertrag, was aus deutscher Sicht ein entscheidender Schritt zu einer internationalen Harmonisierung bei der Unternehmensbesteuerung wäre.

Vorschläge liegen auf dem Tisch

■ Aus DIHK-Sicht liegen die Elemente einer „Steuerreform 2018“ auf dem Tisch: Verluste sollten einfacher und besser berücksichtigt, Investitionen in Forschung und Entwicklung steuerlich unterstützt und Abschreibungsbedingungen z. B. durch eine degressive Afa verbessert werden. Bei der Gewerbesteuer gilt es, die Besteuerung von Kostenelementen zurückzufahren und im Außensteuerrecht die zu hohe Grenze von 25 Prozent für Hinzurechnungen zu reduzieren. Die Sonderbelastung der Unternehmen durch den Solidaritätszuschlag sollte zudem schneller abgebaut werden als vorgesehen, weil diese Zusatzabgabe Unwucht bei der Steuerbelastung verstärkt.

Es gibt gute Gründe für Unternehmen, am Standort Deutschland aktiv zu sein. Es gibt aber keine Garantie dafür, dass Unternehmen die zunehmenden Möglichkeiten der Internationalisierung nicht (noch) stärker nutzen werden, wenn sich dafür Chancen ergeben. In den USA sind rund 5.000 deutsche Unternehmen aktiv. Die Direktinvestitionen dieser Unternehmen betragen im Jahr 2015 bereits 370 Milliarden Euro. Die US-Steuerreform setzt jetzt zusätzliche Anreize, das Engagement in den USA zu verstärken. Die nächste Bundesregierung sollte reagieren und in die Qualität des hiesigen Standortes investieren. Die im Koalitionsvertrag angekündigten Entlastungen bei der Bürokratie sind dafür ein Schritt in die richtige Richtung. Weitere Schritte müssen folgen.